

Pressemitteilung des Anwaltlichen Notdienstes zur IAA vom 10.09.2021

Auftakt der Proteste gegen die IAA unter Polizeischikanen - anwaltlicher Notdienst kritisiert repressives Vorgehen

Anlässlich der Protestaktionen der Klimabewegung gegen die Internationale Automobilausstellung (IAA) in München organisieren Rechtsanwält*innen, unterstützt vom Republikanischen Anwaltsverein RAV e.V., einen anwaltlichen Notdienst (AND).

Die Kolleg*innen vom AND sind bei Demonstrationen oder anderen Protestaktionen unmittelbar vor Ort, um Versammlungsteilnehmer*innen bei der Verwirklichung und Durchsetzung ihrer Grundrechte zu unterstützen und notwendigenfalls bei freiheitsentziehenden Maßnahmen zu vertreten.

Nach dem Auftakt der Proteste ziehen die Jurist*innen eine Zwischenbilanz und attestieren der Polizei Versammlungsfeindlichkeit und ein repressives Vorgehen:

Dazu zählen bspw. Personenkontrollen, Durchsuchungen und massenhafte Gewahrsamnahmen wegen Kleinigkeiten.

Eine satirische Stadtführung etwa zu den Messeständen in der Innenstadt endete am Mittwochabend direkt in einem Polizeikessel. Sämtliche Personen wurden einer Personalienfeststellung unterzogen.

Der Notdienst beobachtet insbesondere, dass die Polizei versucht, bereits bei geringsten Anlässen Aktivistinnen und Aktivisten während des weiteren Verlaufs der Messe mittels des sog. Unterbindungsgewahrsams nach dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) wegzusperren. Z.B. wurden seitens der Polizei Anträge auf Ingewahrsamnahme wegen mitgeführter Sprühkreide oder Klettergurten gestellt.

Nach den Autobahnblockaden am Dienstag wurden neun Personen für fünf Tage bis zum Ende der Messe in sog. Unterbindungsgewahrsam genommen. Dieser Gewahrsam wird in den regulären Justizvollzugsanstalten vollzogen. Unter den Corona-Schutzbestimmungen bedeutet dies Quarantäne für die Betroffenen - und somit faktisch Isolationshaft bis Sonntag. Das Amtsgericht München wies hingegen in neun weiteren Fällen die polizeilichen Gewahrsamsanträge ab - teils weil die Polizei das Versammlungsrecht missachtete, teils weil schlicht keine ausreichende Gefahrenprognose vorlag.

"So wird mit dem Unterbindungsgewahrsam versucht, unliebsamen Protest und Gegenmeinung unmöglich zu machen", so RAin Antonella Giamattei. "Die Befürchtungen aus den großen Protesten gegen das PAG scheinen sich als wahr zu erweisen."

Das Mobilitätswendecamp, das die Aktivist*innen auf der Theresienwiese nach wochenlangen Verhandlungen mit der Stadt durchsetzen konnten, wird seit seinem Aufbau von der Polizei in einen regelrechten Belagerungszustand versetzt. Rund um das Zeltlager patrouillieren Polizeibusse, immer wieder kommt es in unmittelbarer Nähe des Camps zu Personenkontrollen und Durchsuchungen.

Wenn die für den Polizeieinsatz politischen Verantwortlichen weiterhin auf Einschüchterung und Kriminalisierung der Proteste setzen, werden sie ihrem grundgesetzlichen Auftrag, versammlungsfreundlich zu agieren, nicht gerecht und werden ein Bild von München zeichnen, das die Klimaproteste zu Gunsten einer Automesse repressiv beschränkt.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an Frau Rechtsanwältin Giamattei unter: giamattei@waechtler-kollegen.de oder ggf. telefonisch unter: 0176-46791851.